

Holger Balodis, Dagmar Hühne

Die große Rentenlüge. Warum eine gute und bezahlbare Alterssicherung für alle möglich ist

Westend Verlag Frankfurt 2017

208 Seiten, 18,00 Euro, eBook 13,99

ISBN 978-3-864-89177-9

ISBN 978-3-864-89675-0 (EPUB)

Es gibt wenige Geschichten, die sich so tief ins öffentliche Bewusstsein eingepägt haben, wie die angebliche Gewissheit, dass bei einer älter werdenden Bevölkerung die Rente sinken oder wir alle länger arbeiten müssten, wenn nicht gar beides. Zwar ist nichts dran an dieser Erzählung, aber schon seit fast 20 Jahren hört ein großer Teil politischen Öffentlichkeit nicht hin, wenn sie jemand kritisiert.

Wir haben das als Attac 2000 und 2001 erlebt, als wir fast die einzigen waren, die versuchten, gegen die Riesterrente zu mobilisieren. Es blieb beim ehrenwerten Versuch, die Resonanz war erschütternd schwach. Dabei hatten wir in einem auch heute noch lesenswerten Diskussionspapier aus dem Koordinierungskreis schon im Sommer 2000 die wichtigsten Argumente für ein öffentliches, über Umlage finanziertes Rentensystem zusammengetragen.

Heute ist klar, dass die Riesterrente den Menschen keine bessere Alterssicherung bringt, im Gegenteil. Die Geschichte vom angeblichen demografischen Problem hält sich trotzdem hartnäckig. Deshalb ist solide Aufklärung wichtig. Das genau leistet das Buch von Holger Balodis und Dagmar Hühne und ist deshalb für alle, die sich in sozialpolitischen Diskussionen bewegen, eine große Hilfe. Alle wichtigen Argumente sind enthalten. Es wird gezeigt, dass die Planungen der ersten SPD-Grünen Koalition von Beginn an ein sozialpolitischer Irrweg waren und lediglich der privaten Versicherungswirtschaft nützlich. Dass sich daraus Altersarmut notwendig einstellen würde, war immer bekannt. Weniger bewusst dürfte dagegen der Umstand sein, dass die Ideen aus dem Hause von Arbeitsminister Walter Riester nicht nur das Rentenniveau (eine nebenbei ohnehin höchst fragwürdige Größe!) für die Zukunft deutlich senkten, sondern dass es auch weitere Veränderungen in der Rentenberechnung gab, die tatsächlich die Höhe der Renten für die einzelnen Berechtigten senken.

Dazu zählen vor allem auch betriebliche Sparmodelle, die ebenfalls nur auf eine Förderung privater Versicherungsverträge hinauslaufen. Es wird umfassend und gut nachvollziehbar erklärt, warum das Umlageverfahren eine sichere Basis für eine Altersversorgung für alle ist, also ein Vorgehen, bei dem die aktuell Versicherten die Renten der aktuell Berechtigten bezahlen. Das wäre übrigens bei einem Kapitaldeckungsverfahren im Kern auch nicht anders, dann müssten nämlich die Alten die im Laufe des Lebens angesparten Summen auflösen, also ihre Wertpapiere verkaufen, wozu es junge Leute mit Einkommen bedarf, die diese dann tatsächlich kaufen können. Wenn es also tatsächlich ein demografisches Problem gäbe, dann gälte das bei beiden Finanzierungsverfahren.

Der Unterschied ist allerdings, dass bei der Kapitaldeckung immer noch ein Dritter mit am Tisch sitzt, der seinen Profit haben will, irgendeine Geldsammelstelle in Form eines Pensionsfonds, einer Versicherung, einer Bank. Wie dabei eine höhere Rente herauskommen soll als bei einer staatlich garantierten Sozialversicherung, die nur extrem geringe Verwaltungskosten hat, war noch nie einsichtig. Vielleicht haben einige früh im Jahre 2000 noch geglaubt, auf den Kapitalmärkten seien unbegrenzte Gewinnsteigerungen möglich. Aber spätestens nachdem die Dotcom-Blase im Frühjahr desselben Jahres geplatzt war, hatte sich das als Märchen erwiesen.

Gute und sichere Rente geht anders und auch das zeigen Balodis/Hühne überzeugend, nämlich indem man für ihre Finanzierung auf alle Einkommen zurückgreift. So argumentieren sie für ein

Zurückfahren aller Förderung für private Rentenmodelle aus Steuermitteln, dafür, dass alle Gehaltsanteile rentenwirksam werden, also gegen Beitragsbemessungsgrenzen und andere Ausnahmen. Was sie nicht tun, ist der logische letzte Schritt. Ihr Modell ist eine Erwerbstätigenversicherung, in der alle pflichtversichert sind, die welcher Erwerbsarbeit auch immer nachgehen, sei es abhängig beschäftigt, selbstständig oder verbeamtet. Aber dabei bleiben alle Einkommen, die nicht aus Erwerbsarbeit entstehen, unberücksichtigt. Die AutorInnen sagen leider nichts darüber, warum sie das so vorschlagen, sodass man hier höchstens spekulieren könnte.

Da das zu nichts führt, sei darauf hingewiesen, dass es sich um erhebliche Beträge handelt. Seit einer Reihe von Jahren sinkt die Lohnquote, also der Anteil des gesamten Einkommens im Land, der aus Erwerbsarbeit entsteht, während die Kapitalquote steigt. Warum diese Einkommen aus der Finanzierung der Renten herausgehalten werden sollen, ist völlig unerfindlich. Das Erfolgsmodell wäre also ein BürgerInnenversicherung, in der alle Einkommen der Beitragspflicht unterliegen. So halten es die Niederlande bei der Finanzierung ihrer Mindestrente und auch die Schweiz bei der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV). Einige weitere Beispiele aus europäischen Ländern, die kurz erklärt werden, zeigen, dass eine sichere Altersversorgung auch heute machbar ist.

Dem Buch ist eine große Verbreitung zu wünschen, auch wenn es schön gewesen wäre, es hätte sich irgendwo ein Hinweis auf die Bemühungen von Attac gefunden, das Thema in der Debatte zu halten.